



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Frankreichs Kriegsziel

Bainville, Jacques

Hamburg, 1939

3. Kapitel: Die Rettung der deutschen Einheit

[urn:nbn:de:hbz:466:1-74607](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-74607)

3. Kapitel

Die Rettung der deutschen Einheit

Heute bedauert jeder, daß das besiegte Deutschland seine politische Einheit, das wichtigste Ergebnis der früheren militärischen Siege Preußens, bewahrt hat. Selbst die französischen Unterhändler der Pariser Konferenz streiten es nicht mehr ab, daß es besser gewesen wäre, wenn die deutsche Einheit unsern Sieg nicht überlebt hätte. Tardieu entschuldigt sich mit der Übermacht der Umstände. Man bestreitet heute nicht mehr die Richtigkeit des Wortes, das Thiers 6 Wochen vor Königgrätz gesprochen hat: „Der wichtigste Grundsatz der europäischen Politik geht dahin, daß Deutschland aus unabhängigen Staaten zusammengesetzt sein muß, die untereinander nur durch ein einfaches föderatives Band verknüpft sind.“ Tardieu hat nur geltend gemacht, daß Clemenceau und seine Mitarbeiter auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen seien, deren hauptsächlichste in dem Widerstand unserer Verbündeten und den allgemeinen Grundsätzen bestanden, die Wilson verkündet hatte und die von allen als Grundlage des Friedens angenommen worden waren.

Wir wollen nicht die Frage aufwerfen, ob diese Grundsätze unverletzlich waren und ob die Befehrerung des Präsidenten Wilson nicht hätte versucht werden können. Die britische Regierung z. B. hatte die Preisgabe des Grundsatzes der freien Meere erreicht. Hätte die französische Regierung zu der Zeit, wo die Positionen für die Verhand-

lungen bezogen wurden, d. h. zwischen dem Waffenstillstand und dem Zusammentritt der Konferenz, nicht gleichfalls erreichen können, daß die Rücksicht auf die deutsche Einheit beiseitegelassen wurde, indem sie passende Argumente vorzubringen wußte? Es ist kein Versuch in dieser Richtung unternommen worden. Der Grund dafür ist sehr einfach. Der „wichtigste Grundsatz der europäischen Politik“, von dem Thiers sprach, war dem Bewußtsein entschwunden. Er war schon in erschreckendem Maße unter dem zweiten Kaiserreiche in Vergessenheit geraten. Man kann sagen, daß er zu unserer Zeit nur noch als historische Erinnerung bei einer ganz kleinen Zahl von Menschen lebte, die nicht diejenigen waren, denen die Führung der Verhandlungen anvertraut war. Wenn diesem oder jenem Mitglied der französischen Delegation gelegentlich ein Schimmer der Politik aufging, die man hätte befolgen müssen, so waren das nur ebenso verspätete wie flüchtige Anwendungen. Das Herz war nicht dabei noch weniger irgendwelche Ideen. Vor und während des Krieges hat Clemenceau Gelegenheit gehabt, die Seinigen auseinanderzusetzen. Er hat sie in einem Buche über Deutschland vereinigt, das einen aufrichtigen Patriotismus verrät. Man wird indessen darin vergebens nach irgend etwas suchen, was den Anschauungen eines Staatsmannes ähnelt. André Tardieu führt in seinen Erinnerungen, die der Selbstrechtfertigung dienen, an, daß keine der Regierungen, die der Clemenceaus vorangingen, selbst in ihren Geheimdokumenten, die Aufteilung Deutschlands unter ihren Kriegszielen in Betracht gezogen habe. Es war indessen im Laufe geheimer Unterhaltungen mit dem Kaiser Nikolaus II. von dieser Frage die Rede; er billigte diesen Gedanken vollkommen. Das beweist, daß der Gedanke imstande war, Anhänger zu finden, denn er entsprach an und für sich nicht den Überlieferungen des russischen

Hofes, der mindestens seit dem Krimkriege sich niemals dem Fortschreiten der deutschen Einigung entgegengestellt und sie 1870 nicht bestritten hatte. Aber André Tardieu hatte recht. Es gab während des Krieges in dieser Richtung nur vereinzelte Versuche, vorüberhuschende Lichtstrahlen. Weder 1916, als die alliierten Hauptmächte ihre Abmachungen für den Fall des Sieges trafen, noch 1917, als sie in Beantwortung des deutschen Friedensangebots ihre Kriegsziele endgültig festsetzten, war die Rede davon gewesen, Deutschland in einen Staatenbund zurückzuverwandeln. Die Abmachungen von 1916 stellten sogar das linke Rheinufer unter unseren Einfluß, ohne daran Anstoß zu nehmen, daß die übrigen deutschen Länder unter der Führung Preußens zentralisiert blieben, so daß dieser Plan dieselben Fehler aufwies wie der Napoleons III.

Das einzige, was André Tardieu zu beweisen gelang, war, daß die französische Staatsleitung während des Krieges weder eine Lehre noch Grundsätze in bezug auf die deutsche Frage besaß. Der Redner, der in der Kammer vom Westfälischen Frieden gesprochen hätte, hätte nicht mehr Erfolg gehabt als Thiers im Jahre 1866. Diejenigen, die davon in Büchern oder in der Presse sprachen, verfielen der Verdammung aller kultivierten Menschen; Paul Deschanel z. B. brachte sein Buch über diese Frage nicht auf den Markt. Diese Ideen waren ohne Zweifel neu, oder vielmehr sie griffen zu weit zurück und setzten eine zu umfassende Geschichtskennntnis voraus, als daß sie wirksame Überzeugungen hätten hervorbringen können. So wurden sie ins Lächerliche gezogen. Die Staatsführung, für die sie fremdartig oder zu neu waren, hätte sie erst geteilt und praktisch angewandt, wenn sie die öffentliche Meinung erobert gehabt hätten. Die Eroberung der öffentlichen Meinung erfordert Mühe und Zeit. Sie war gerade erst begonnen worden. Zu ihrem Erfolge

bedurfte es der Erfahrung, die wir mit dem Friedensvertrag gemacht haben, und dann war es zu spät.

Man wird ohne Zweifel einwenden, daß es unflug gewesen wäre, während des Krieges Deutschland mit der Aufteilung zu drohen, und daß diese Drohung nur dazu gedient hätte, den nationalen Zusammenhalt der Deutschen zu verstärken. Derselbe Grund hätte uns auch daran hindern müssen, zu verkünden, daß der Krieg bis zum vollkommenen Siege fortgeführt werde, bis Deutschland auf die Knie gezwungen sei. Derselbe Grund hätte uns auch daran hindern müssen, Wilhelm II. die Hinrichtung in Aussicht zu stellen, denn bis in die letzten Wochen des Krieges war die Stellung des Kaisers nicht erschüttert. Wann haben die Deutschen Wilhelm II. gestürzt? Als sie begriffen hatten, daß der Sturz der Hohenzollern notwendig war, um den Frieden zu erlangen. Anfang November schwankten Scheidemann und die Mehrheitssozialisten noch.

Wahrscheinlich wäre dasselbe Ergebnis erzielt worden, wenn die Entente erklärt hätte, daß sie Frieden gewähren werde, wenn die deutsche Einheit aufgelöst werde, aber auch nur dann. Vielleicht wäre diese Erklärung zuerst mit Verachtung und sogar mit aufrichtiger Empörung angehört worden. Solange Deutschland an seinen Sieg geglaubt hat, war es nicht bereit, Wilhelm II. zu verleugnen oder auch nur auf sein belgisches „Pfand“ zu verzichten. Noch 1918 antwortete Deutschland auf die Forderung, Elsaß-Lothringen abzutreten, mit einem „Niemals!“. Mit den Fortschritten unserer Waffen brach sich dieser Gedanke Bahn. Wir wissen heute, daß Bayern schon einige Zeit vor dem Waffenstillstand kriegsmüde war und daß König Ludwig III. daran zu denken begann, wie er sich auf gute Art aus der Gefahr ziehen könne. Was hätte sich ereignet, wenn den Deutschen solche Auswege gezeigt worden wären? Niemand kann sagen,

ob sie nicht ebenso leicht auf ihre Einheit verzichtet hätten wie auf ihre Monarchie. Es war ebensogut möglich, ihnen zu beweisen, daß ihre Einheit die Ursache ihres und unseres Unglücks war, wie, daß die Hohenzollern dafür verantwortlich seien. Um es zu beweisen, hätte man es allerdings wissen müssen.

*

Die Alliierten hatten den „preußischen Militarismus“ und die „Autokratie“ als Feinde Europas und Urheber des Krieges angeschuldigt. Es war ihnen nicht aufgegangen, daß die deutsche Einheit nicht nur das Werk dieses Militarismus und dieser Autokratie war, sondern daß sie immer wieder versucht sein würde, auf die Mittel zurückzugreifen, die sie geschaffen hatten. Es hat zu keinem Zeitpunkt bei den Beratungen der Alliierten eine sorgfältige Prüfung der deutschen Frage stattgefunden. Die geschichtlichen Ursachen der europäischen Katastrophe, aus denen sich alles erklärte, haben die Aufmerksamkeit dieser Staatsmänner nicht auf sich gezogen, die für Überlegungen dieser Art nicht geschult waren. Das Deutschland, das sie gekannt hatten, war das geeinte Deutschland gewesen. Seine Einheit wurde als eine feststehende Tatsache betrachtet, die im übrigen mit dem Nationalitätenprinzip und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker übereinstimmte. Man mußte in das von Bismarck und den Hohenzollern geschaffene Reich, nachdem man es auf seine echtdeutschen Teile beschränkt hatte, nur eine gewisse Dosis Demokratie gießen, dann, meinte man, wenn man bis zur vollständigen Befehrung des deutschen Volkes noch einige militärische Vorsichtsmaßnahmen traf, alles Menschenmögliche getan zu haben, um den Frieden Europas und den Fortschritt der Menschheit sicherzustellen. Wir schildern hier nicht eine karikierte Nachahmung der „Sach-

sentaufe“, aber die Unterhändler der Verbündeten haben sich entweder von dieser Weltanschauung leiten lassen, oder sie haben überhaupt nicht gedacht. Nach dem, was in der Umgebung Clemenceaus gesprochen wurde, muß man schließen, daß der französische Regierungschef die deutsche Einheit als ein Ergebnis der allgemeinen Entwicklung der europäischen Völker im 19. Jahrhundert betrachtet hat, das man nicht rückgängig machen konnte, da man, wie die Redensart lautet, „das Rad der Geschichte nicht rückwärtsdrehen kann“.

Clemenceau war kein Anhänger des Gedankens, daß man den Feind schonen müsse. Nachdem seine Kriegsromantik lange dazu beigetragen hatte, Frankreich zu retten, hat sie zum Schluß das Deutsche Reich gerettet. Diese Umkehrung erscheint überraschend. Aber wie der Teufel, so ist die Romantik logizistisch. Im Grunde widerstrebte es Clemenceau, zwischen den Deutschen zu unterscheiden; das ganze Deutschland sollte seine Strenge fühlen. Eine „abgestufte“ Behandlung der Bayern oder der Rheinländer hätte ihn im doppelten Sinne empört, einmal, weil die Deutschen, die in seinen Augen ein Ganzes bildeten, alle gleich schuldig waren; und dann, weil eine Unterscheidung zwischen diesen Gleichschuldigen etwas von finsternem Mittelalter an sich gehabt und der Wirklichkeit unserer Zeit nicht entsprochen hätte: in diesem Punkte wenigstens glauben wir seinen Gedankengang nicht zu entstellen.

Die Ideen der republikanischen Generation, der Clemenceau angehört, trafen mit seinem leidenschaftlichen Patriotismus, seinem glühenden Kriegswillen und der Schuldhaftigkeit der Angreifer zusammen. Indessen, wenn man Deutschland bestrafen wollte, hätte man, wie bei der Vernichtung Österreich-Ungarns, auch daran denken müssen, uns nicht selbst zu bestrafen. Die Umgebung Clemenceaus

bemühte sich übrigens, seine Entwicklungstheologie und seine Doktrin von der Sühne in eine Alltagsprache zu übersetzen. Nicht einmal, sondern zehnmal haben einige seiner Mitarbeiter während der Friedensverhandlungen uns selbst oder glaubwürdigen Personen gegenüber dargelegt, daß die partikularistischen Kräfte in Deutschland nicht mehr existierten, daß die Welfen in Hannover nur eine Handvoll, „ein halb Duzend“ Leute seien, daß man nicht fünfzig Jahre Geschichte austreichen könne, daß der Krieg und sogar noch die Niederlage die deutsche Einheit gestärkt hätten und daß schließlich die Einheit, nachdem sie ursprünglich gesinnungsmäßiger und politischer Art gewesen, jetzt wirtschaftlich untermauert worden sei, daß sie durch das Eisenbahnnetz, durch Kanäle, durch die Währung, durch die Organisation der Industrie stabilisiert sei und daß der Wirklichkeitsinn gebiete, diesen Tatsachen Rechnung zu tragen . . . Man darf annehmen, daß Clemenceau nicht so viele Gründe brauchte. Er machte sich von Deutschland ein mehr summarisches Bild. Er urteilte aus großem Abstand über Deutschland und zerbrach sich nicht den Kopf über dessen besondere Eigentümlichkeiten. Als Wilhelm II. gleich einem der alten deutschen Kaiser des Mittelalters kurz vor dem Waffenstillstande seinen Untertanen eine Art „goldener Bulle“ gewährte, spottete Clemenceau von der Kammertribüne aus über diese kaiserliche Demokratie. Einige Monate später hing die Nationalversammlung von Weimar dem Reiche, dessen Idee beibehalten worden war, eine republikanische Verfassung um, in der das Wort Republik nur einmal vorkommt. Es gibt mehr Variationen und Widersprüche in den deutschen Angelegenheiten und im deutschen Denken, als man sie mit Hilfe einer oberflächlichen Kenntnis und einer engstirnigen Doktrin fassen kann.

*

Die reine Rechte war im Reichstag von 1912 weit weniger zahlreich vertreten als in der Versammlung, die aus den Wahlen vom 6. Juni 1920 hervorging¹. Dennoch hatte der Kriegsreichstag mit einer empörten Kundgebung geantwortet, als es offenkundig wurde, daß die Entente, ehe sie Deutschland Frieden gewährte, die Abdankung Wilhelms II. forderte. Bald jedoch kamen Deutschland und seine militärischen Führer (die stets eine völlige Verachtung für den Souverän empfunden hatten, den sie für tausend Fehler verantwortlich machten, insbesondere dafür, daß er den Krieg nicht zu einem früheren Zeitpunkt erklärt hatte) zu der Überzeugung, daß es notwendig sei, die Hohenzollern aufzuopfern, um einer vollständigen Katastrophe zu entgehen. Haben die Alliierten richtig gehandelt, als sie den Sturz Wilhelms II. als Vorbedingung forderten? Eine berühmte radikale englische Zeitung, der „Manchester Guardian“, hat inzwischen ihr Bedauern darüber ausgesprochen. Nach den nationalistischen Wahlen vom 6. Juni schrieb diese Zeitung: „Wenn Wilhelm II. den Vertrag von Versailles unterzeichnet hätte, so wäre er und nicht die Sozialisten und Demokraten vom deutschen Volk für seine Leiden verantwortlich gemacht worden, und der Reaktion hätten ihre perfidesten und sichersten Waffen gefehlt.“ So ist es nicht sicher, ob der Sturz der Hohenzollern zu dem Zeitpunkt, wo er sich vollzogen hat, für die Zukunft der Demokratie in Deutschland gerade günstig war. Aber der Sturz dieser verabscheuungswürdigen Dynastie, den wir mit tiefer Erleichterung und mit leidenschaftlicher Freude an dieser Rache

¹ Die Konservativen hatten bei den Reichstagswahlen von 1912 noch nicht 10 Prozent, die Deutschnationalen dagegen 1920 fast 14 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Die Parteien, die hinter der Revolution von 1918 standen, erreichten 1920 44 Prozent der Gesamtstimmen. Vgl. Forsthoff, Deutsche Geschichte seit 1918 in Dokumenten. D. U.

erlebt haben, war von einem allgemeinen Umsturz der Throne begleitet. Durch diesen allgemeinen Umsturz haben wir nichts gewonnen. Im Gegenteil. Die kleinen und mittleren deutschen Dynastien waren in der Vergangenheit die Stützen des Partikularismus gewesen. Es war die allgemeine Überzeugung, daß im Falle einer Katastrophe der Zerfall des Reiches bei den deutschen Fürsten beginnen werde. Bismarck wußte das wohl. So wie Deutschland aufgebaut war, beruhte es auf einer doppelten Versicherung gegen die „zentrifugalen Tendenzen“, d. h. gegen den Partikularismus und gegen die Revolution. In diesem System mußten die zu Vasallen der Hohenzollern gewordenen Fürsten froh sein, ihre Krone zu behalten, ohne Volkserhebungen fürchten zu müssen, da das Reich von 1871 das monarchische Prinzip mit dem liberalen Einheitsprinzip versöhnt hatte. Auf ihre Sügsamkeit konnte man sich verlassen. Sie waren interessiert daran, nur „loyale Bundesmitglieder“ zu sein. Andererseits sicherte das Überleben der kleinen Dynastien die Hohenzollern ihrerseits gegen eine Revolution. Bismarck hatte darauf gerechnet, daß die Deutschen stets zögern würden, den Kaiser und König in Berlin zu stürzen, weil eine Revolution in Preußen die süddeutschen Fürsten befreien und das Ende der deutschen Einheit ankündigen würde. Damit der Sturz der Hohenzollern ohne Schaden für die Einheit vor sich gehen konnte, mußte eine außerordentliche Bedingung erfüllt sein: der vorherige Sturz aller anderen deutschen Fürsten.

Diese Dinge waren in Berlin bekannt. Sie galten als eine Eselsbrücke der deutschen Politik. Sowie es der kaiserlichen Regierung augenscheinlich wurde, daß der Krieg eine unglückliche Wendung nahm, richtete sie ihre Aufmerksamkeit auf diese beiden Gefahren, auf die Revolution und auf den Partikularismus, die miteinander Hand in Hand gingen. Es

ist kein Zufall, daß der vorletzte Kanzler Wilhelms II. der bayrische Ministerpräsident Graf Hertling und der letzte der Prinz Max von Baden der Erbe des großherzoglichen Thrones¹ war. Am Vorabend der Katastrophe richteten sich also die Besorgnisse des deutschen Kaisers auf Süddeutschland und auf die süddeutschen Monarchien, wie sie sich auf Österreich und die habsburgische Monarchie richteten; so sicher war es, daß, wenn die Revolution in Berlin allein ausbräche, Deutschland zerfallen würde. Das Werk von 1866 und 1871 wäre vernichtet gewesen. Ein Sturz der Hohenzollern, unter Schonung der Habsburger, der Wittelsbacher und der anderen deutschen Dynastien, hätte unabsehbare Folgen gehabt. Das Gesicht und die Zukunft Europas hätten sich geändert.

Die Sorgen Wilhelms II. waren die eines deutschen Kaisers. Aber sie waren die gleichen, die den liberalen, demokratischen oder sozialistischen deutschen Nationalismus beschäftigten. Das hätte die Alliierten aufklären und ihnen ihren politischen Weg weisen müssen, insbesondere den Franzosen. Das war nicht der Fall. Die Entente wollte keine Unterschiede machen. Sie forderte von den deutschen Völkern eine uneingeschränkte Revolution. Sie forderte die Demokratie überall. Das war die Rettung der deutschen Einheit. Die Novemberrevolution verlief so, wie sie verlaufen mußte, wenn die Aufteilung Deutschlands vermieden werden sollte, wenn mitten in der Katastrophe die „zentrifugalen Tendenzen“ nicht die Oberhand gewinnen sollten. Wilhelm II. fiel als letzter. Die Generäle und die Parlamentarier, die sich beeilten, einen Waffenstillstand vor Eintritt der Katastrophe zu erlangen und die Alliierten zufriedenzustellen, zwangen

¹ Prinz Max von Baden wurde 1907 durch die Thronbesteigung seines Veters, des kinderlosen Großherzogs Friedrich II. der erste Anwärter auf die Thronfolge in Baden.

Wilhelm II. erst in dem Augenblick nach Holland zu fliehen, wo die Gefahr des Separatismus dank den Revolutionen, die in München und Stuttgart begonnen hatten, als beschworen gelten konnte. Die außerordentliche, fast unwahrscheinliche Bedingung, die gestattete, die Republik und das Bismarckreich zu verknüpfen, war erfüllt. Sie war erfüllt in vollkommener Übereinstimmung mit dem Programm, das die Entente aufgestellt hatte.

*

Das Verschwinden der kleineren Dynastien machte eine Politik der Auflösung Deutschlands nicht unmöglich; sie machte sie aber ungleich schwieriger. Der in den Fürsten personifizierte Partikularismus hätte von selbst Annäherungsversuche an uns gemacht. Das eigene Interesse der Fürsten hätte sie dazu verpflichtet, und sie hätten über die erforderlichen diplomatischen Mittel verfügt, um sich mit uns in Verbindung zu setzen. Stellen wir uns vor, daß Wilhelm II. aus Berlin verjagt worden wäre, während Kaiser Karl in Wien, Ludwig III. in München, der andere Wilhelm, König von Württemberg, in Stuttgart usw. geblieben wären. Sie hätten sich alsbald dem Sieger zugewandt. Sie hätten ihn um seinen Schutz angefleht. Sie hätten Vorteile vom Sieger zu erlangen versucht, Sicherheit für sich selbst und für ihre Völker. Kaiser Karl wäre durch Vermittlung des spanischen Hofes mit Paris in Verbindung getreten, wie er es bereits während der Feindseligkeiten versucht hatte. Ludwig III. hätte sich an Brüssel gewandt und sich erinnert, daß König Albert eine bayrische Prinzessin zur Frau hat. Der Württemberger wäre weniger gut gestellt gewesen, da ihm seine russischen Verwandten nicht mehr viel nützen konnten, aber er hätte in seinem Stammbaum andere Verbindungsglieder entdeckt. Das gleiche gilt für den

Sachsen, für den Badener und für die kleineren Fürsten. Es wäre darauf angekommen, wer sich zuerst mit dem Sieger gut zu stellen gewußt und ihm Unterpfänder gegeben hätte.

Nach der Springflut vom November 1918 bestand dieser bequeme Weg nicht mehr, und die deutsche Revolution entwickelte sich entsprechend ihrem opportunistischen Charakter in zentralistischer Richtung. Die Niederlage machte den Partikularismus stumm und nahm ihm die Mittel zur Aktion, obwohl er als unbestimmte Sehnsucht und als Instinkt fortlebte, da er der Natur der Dinge entsprach; indessen war er des politischen Instruments beraubt, das es ihm ermöglicht hätte, sich zu betätigen. Die Sozialdemokratie, die Hauptnutznießerin dieser allzu leichten Revolutionstage, wirkte übrigens sofort im Sinne einer verstärkten Zentralisation. Der „Vorwärts“ hatte am 3. November geschrieben: „Je demokratischer das Reich ist, desto sicherer wird seine Einheit und desto größer seine Anziehungskraft. Großdeutschland, das schon 1848 vor der Verwirklichung stand, und dessen Umrisse sich von neuem vor uns abzeichnen, war ursprünglich in der Gestalt eines demokratischen Staates gedacht worden.“ In dem Grade, in dem die Novembertage republikanisch waren, begünstigten sie die deutsche Einheit¹.

Gaben sich die Leiter der französischen Politik darüber Rechenschaft? Ihre Gedanken weilten sichtlich anderswo. Sie dachten an irgendwelche Interventionsprojekte in Rußland zu einer Stunde, wo ihre ganze Aufmerksamkeit auf Deutschland hätte gerichtet sein sollen. In diesem Augenblick

¹ Am 20. Juli 1920 erklärte der „großdeutsche“ Abgeordnete Angerer: „Wir werden die Wiederherstellung der Monarchie in Österreich nicht zulassen, weil sie für immer jede Möglichkeit des Anschlusses begraben würde.“ Man könnte es nicht besser ausdrücken, daß das dynastische Element für den Partikularismus wesentlich ist. Und was für Österreich gilt, gilt in gleicher Weise für Bayern und für andere deutsche Länder.

besaßen sie ebensowenig wie während des ganzen Krieges einen Plan, weil ihnen jede leitende Idee fehlte. Trotzdem konnte man ihnen den Gedanken nahebringen, den Sieg zum Versuch einer Aufteilung des Deutschen Reiches zu benutzen. Um ihnen Irrtümer und Fehler zu ersparen, mußte man sie freilich darauf hinweisen, daß die deutsche Demokratie nicht in diesem Sinne arbeitete, sondern daß sie eine der Einheit günstige geschichtliche Strömung vertrat, dieselbe, aus der das Kaiserreich der Hohenzollern hervorgegangen war. In der Schrift, in der André Tardieu die Tätigkeit der französischen Delegation bei der Friedenskonferenz verteidigt, gibt er unter Berufung auf unser Zeugnis vor, daß wir damals eine Aufteilung Deutschlands für unmöglich und jede Politik, die dahin strebte, für uns und für die Alliierten für undurchführbar gehalten hätten. Wir hatten im Gegenteil darauf hingewiesen, daß sich die Bedingungen verändert hatten, und daß man sich ganz und gar täusche, wenn man glaube, daß die Bande der Einheit durch die Novemberrevolution gelockert seien, und daß man also für eine Aufteilung Deutschlands auf andere Mittel sinnen müsse.

Dieser Hinweis war gewiß zwecklos, wenn er als ein Rat zum Verzicht aufgefaßt wurde, während er dazu bestimmt war, die Einbildungskraft auf bessere Einfälle zu lenken. Es hätte keinen Sinn gehabt, sich zu verhehlen, daß das Deutschland von 1918 ein anderes war als das von 1866, als die deutschen Fürsten gegen Preußen kämpften. Es konnte nicht die Rede davon sein, wie wir es ausdrückten, in Deutschland eine separatistische Bewegung „auf Kommando“ zu machen. Der deutsche Separatismus ist niemals von außen her ins Leben gerufen worden. Die Erfahrungen Napoleons I. haben in dieser Hinsicht endgültige Klarheit gebracht. Die wahre Politik Frankreichs bestand darin, die Absplitterungs-

bewegungen zu begünstigen, die von selbst im Inneren des Reiches entstanden. Eine Anweisung an den beim Deutschen Reichstage akkreditierten Botschafter Frankreichs aus dem 18. Jahrhundert drückte das vorzüglich aus: „Selbstverständlich wird Herr von Chavigny es sorgfältig vermeiden, jemals als der Urheber dieser Art von Bewegungen in Erscheinung zu treten; denn es genügte, daß ihr Ursprung bekannt würde, um die entgegengesetzten Wirkungen hervorzurufen.“ Das hinderte die französische Politik nicht, in Übereinstimmung mit einem seit dem Westfälischen Frieden stets aufrechterhaltenen Grundsatz, sich mit allen Mitteln einzumischen, einschließlich der Mittel der Gewalt, sobald einer der deutschen Staaten Miene machte, die andern zu unterwerfen oder zu vereinigen.

Man bedurfte nicht einmal geschichtlicher Kenntnisse, um diese ebenso einfachen wie weisen Verhaltensregeln wiederzufinden. Der gesunde Menschenverstand genügte dazu. Der deutsche Partikularismus hat so tiefe Wurzeln und ist so sehr mit dem Geist der Rasse und der Landschaft verknüpft, daß selbst ein fahrender Philosoph, ein politischer Bohémien, Kurt Eisner, der durch den Zufall der Revolution Diktator in München geworden war, sich unverzüglich an Frankreich wandte und in überspannt idealistischen Aufrufen mit der französischen Regierung in Verbindung zu treten suchte. Ein deutscher Offizier schoß ihn nieder wie einen tollen Hund.

*

„Er hat mir zuviel Gutes getan, als daß ich etwas Böses über ihn sagen könnte.“ So denken die Franzosen über George Clemenceau. Aber seine Ideen und sein Werk, das aus ihnen entsprang, müssen verurteilt werden. Clemenceau war als Mann des Krieges nicht für den Frieden vorbereitet. Er dachte nur daran, Deutschland so viel Böses wie möglich zu-

zufügen. Darüber freilich hat ihm Keynes, der ihn im Obersten Rat gesehen hat, ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt. Seinem Haß fehlten indessen Kenntnisse und klare Sicht, ähnlich wie den alten Haudegen, die wir in Mainz vorfanden und die höhniisch lachten, wenn ein aufgeschlossener Vorgesetzter von ihnen verlangte, zwischen „Rheinländern“ und Preußen einen Unterschied zu machen.

Sogar nach dem Tage, wo Clemenceau vor dem Senat mildernde Umstände für den Vertrag von Versailles zu erlangen suchte und darum bat, ihm zu glauben, daß er Deutschland aufgeteilt hätte, wenn er dazu in der Lage gewesen wäre, bewies er, daß er nicht an die Wirksamkeit der Aufteilung glaubte. Er berief sich auf Erinnerungen aus dem Jahre 1870 und führte an, daß die Bayern nicht nur Schulter an Schulter mit den Preußen marschiert seien, sondern im Kriege sogar eine besondere Kampfesmut bewiesen hätten. Es gibt indessen auch noch andere Dinge, die die Politik nicht vergessen sollte. Im Jahre 1870 unterschied sich die bayrische Armee noch merklich von der preußischen, obwohl sie unter dem Oberbefehl eines preußischen Prinzen stand. Gerade sie hatte nur in geringem Maße die Erziehung durch den preußischen Drill erfahren. Ihre militärische Unterlegenheit war offenkundig; die meisten Erfolge, die die Franzosen während des Feldzuges errangen, haben sie über die Bayern davongetragen. Die bayrische Armee war 1870 im Verhältnis zur preußischen das, was die österreichische Armee 1914 im Vergleich zur deutschen Armee war. Wenn die Unabhängigkeit der deutschen Staaten selbst in einem Bundesystem auch nur dazu dienen würde, diese Niveauunterschiede und Ungleichheiten aufrechtzuerhalten, so hätte sie eine erhebliche Bedeutung. Deshalb mußte die Zentralisation Deutschlands durch Preußen um der europäischen Sicherheit willen vor allem

vermieden werden. Es ist leider gewiß, daß dieses rettende Prinzip dem Denken der französischen Unterhändler fremd war. Noch fremder war es den anderen Unterhändlern, für die das Vorhandensein eines deutschen Staates nicht nur eine Tatsache, sondern eine legitime Tatsache war. Man ging von ihr aus. Selbst jede völkerrechtliche Fragestellung wurde beiseite geschoben. Als Jules Cambon ein Bedenken kam und er die Frage aufwarf, ob Bayern, das nach der Verfassung von 1871 eine eigene diplomatische Vertretung besaß, nicht zur Unterzeichnung aufgefordert werden mußte, damit das Friedensinstrument völlig in Ordnung sei, wurde die Frage geprüft und auf der Stelle verneinend entschieden.

Alles andere entwickelte sich folgerichtig. Als der Oberste Rat der Alliierten nach dem Mittel suchte, Deutschland zu entwaffnen, vergaß er das beste, das darin bestanden hätte, nur kleine Armeen bestehen zu lassen, die den einzelnen deutschen Staaten zugeteilt worden wären. Er rechnete nicht mit diesen Staaten. Er gab ganz Deutschland eine Armee, eine einheitliche Armee, und das heißt, er gab sie Preußen, womit er dem „preußischen Militarismus“ beinahe ebensoviel gab, wie er ihm nahm. An diesem Tage empfand die französische Öffentlichkeit eine erste Unruhe. Aber man hatte sich nun einmal darauf eingelassen. Nur ein einziges Mal versuchte die französische Delegation — wir glauben, daß die Ehre dafür Stephen Pichon gebührt —, in dem Sinne zu verfahren, den die Ereignisse geboten. Sie schlug zaghaft vor, die Bayern vorzugsweise mit Lebensmitteln zu beliefern. Das war zu der Zeit, in der ein neutraler Beobachter sagte: „Deutschland wird dem ersten gehören, der sich ihm mit einem Würstchen an dem Ende einer Angelrute nähert.“ Die französische Anregung wurde zurückgewiesen. Man bestand nicht darauf.

Unzweifelhaft waren Lloyd George und Wilson von Anfang an auf der Hut. Sie wollten keine Aufteilung Deutschlands. Sie lehnten sie aus weltanschaulichen und politischen Gründen ab. Gegen diese Gründe erhoben die französischen Unterhändler keine Einwände, weil sie keine besaßen. Sie besaßen keine, weil ihre Weltanschauung im Grunde die gleiche war wie die ihrer angelsächsischen Verhandlungspartner: erstens, das Selbstbestimmungsrecht der Völker; das deutsche Volk mußte dasselbe Recht haben wie ein anderes; zweitens, der Fortschrittsglaube; und da der Fortschritt verhinderte, daß man das Rad der Geschichte zurückdrehe, so hatten fünfzig Jahre Geschichte die deutsche Einheit unzerstörbar gemacht. Indem man davon ausging, tat man, was man tun mußte: man gab dem Deutschen Reiche die Weihe des Völkerrechtes, die ihm bis dahin gefehlt hatte, und half den preußischen Zentralisten, das Werk Bismarcks zu vollenden. Man erklärte uns gegenüber, daß das eine Forderung einer realistischen und praktischen Politik sei; ein großes Deutschland als wirtschaftliche Einheit mit einer vereinfachten Verwaltungsmaschinerie gäbe für die Wiedergutmachung einen sichereren Schuldner ab als ein Deutschland, das aus kleinen Staaten von mäßiger Wirtschaftskraft zusammengesetzt sei. Diese Begründung erscheint allmählich als eine der bemerkenswertesten Narrheiten der modernen Geschichte.

Wir haben damit erreicht, daß 40 Millionen Franzosen die Gläubiger einer Masse von 60 Millionen Deutschen für eine Schuld sind, die binnen 30 oder 40 Jahren abzuzahlen ist.

Man fragt sich, warum unter diesen Umständen Deutschland nicht erlaubt worden ist, Österreich zu annektieren. Schließlich war Österreich eine deutsche Provinz, die 1848 in der Frankfurter Nationalversammlung vertreten und nur

durch geschichtliche und dynastische Gründe außerhalb des großen Deutschland, der gemeinsamen Mutter der Deutschen, gehalten worden war. Der Staat der Habsburger war verschwunden, und es gab nur noch politische Gründe, die die Alliierten bestimmen konnten, den Deutschen Österreichs zu untersagen, sich mit den übrigen Deutschen zu vereinigen. Dennoch waren diese Gründe so stark, daß sie über das Nationalitätsprinzip und das Selbstbestimmungsrecht der Völker obgesiegt haben. Es wäre absurd und empörend gewesen, wenn man Deutschland gestattet hätte, „wer verliert, gewinnt“ zu spielen und sich mehr Gebiete und eine größere Bevölkerung anzueignen, als es zurückgeben mußte. Trotzdem sind wir nicht ganz sicher, ob ohne die Presse und die öffentliche Meinung, die dieses Mal murrten, die Selbständigkeit Österreichs aufrechterhalten worden wäre und die französische Regierung sich nicht zum Verzicht bereit erklärt hätte. Unsere Unterhändler besaßen geringe Zuverlässigkeit und Festigkeit, weil ihnen eine Gesamtauffassung und eine einheitliche Lehre fehlte. Einen Augenblick dachten sie sogar an das gefährliche Spiel der „Kompensationen“. Deutschland sollte das linke Rheinufer unter unseren Einfluß stellen und dafür Österreich annektieren dürfen. Wir sagten damals: O ihr naiven napoleonischen Diplomaten, wißt ihr, wohin das führen wird? Ihr werdet die rheinischen Provinzen nicht bekommen und Deutschland wird Österreich behalten.

Deutschland verzichtet nicht auf die Hoffnung, Österreich eines Tages doch zu annektieren. Es bildet eine ständige Versuchung in Deutschlands Reichweite. Es gibt noch andere Versuchungen. Deutschland ist zwar im Inneren geschlossen geblieben, an seiner Peripherie aber ist es aufgeteilt worden. Millionen Deutsche leben in unmittelbarer Nachbarschaft seiner Grenze, sechs oder sieben Millionen in Österreich,

drei in der Tschecho-Slowakei. Die Aufteilung der deutschen Einheit, die die Alliierten im Innern des Reiches nicht vornehmen wollten, haben sie außerhalb durchgeführt. Die Vernunft und die Erfahrung zwingen zu dem Schluß: dieses Werk ist brüchig und schlecht. Wenn es richtig war, Teile der deutschen Länder außerhalb der deutschen Einheit zu lassen, so war es auch notwendig, daß ihre anderen Teile isoliert wurden. Andernfalls werden die der Anziehungskraft eines großen deutschen Staates unterworfenen Bruchstücke früher oder später in Abhängigkeit von ihm geraten.

So schrafen die Alliierten vor den letzten Konsequenzen ihrer Grundsätze zurück. Sie haben Deutschland zerstückelt, während sie es zugleich geeint haben. Infolgedessen ist ihr Werk unlogisch und widerspruchsvoll. Es ist außerdem gebrechlich. Die Staatsmänner, die den Friedensunterhändlern nachgefolgt sind und ihre Erbschaft übernommen haben, befinden sich heute in großer Bedrängnis angesichts dieses kompakten und geeinten Deutschland, an dessen Grenzen Herde des Irredentismus entstehen, die einen Anreiz bilden, auf dem Wege zur Vollendung seiner Einheit fortzuschreiten. Millerand prüfte das deutsche Problem von jedem Gesichtswinkel aus. Da er nichts als den Versailler Vertrag in der Hand hatte und sich durch diesen gebunden glaubte, so kam er auf der Konferenz von Spa darauf, die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken mit diesem allzu großen Deutschland zu versuchen. So groß der Unterschied zwischen dem Sieg und der Niederlage sein mag: das ist ein wenig die Lage und die Auffassung von Thiers nach 1871. Niemand hatte deutlicher als Thiers die Schwierigkeiten und das Unheil vorhergesagt, die aus der deutschen Einheit folgen würden. Nachdem diese Einheit geschaffen war, fühlte er sich völlig zu Boden geworfen. Er glaubte,

daß wir keinen anderen Ausweg mehr hätten, als uns mit diesem mächtigen Deutschland zu verständigen und mit ihm zusammenzuarbeiten. Der Mann der prophetischen Reden von 1865 und 1866 betrat damit einen politischen Weg, der schließlich zu Joseph Caillaux¹ führte. Hüten wir uns, daß wir nicht noch einmal diesen Weg betreten.

Im Jahre 1919 hing, wie im Jahre 1866, alles von den Ideen ab, die in Frankreich herrschten. Darf man nur Wilson anklagen? Als der Präsident nach dem Waffenstillstand auf dem europäischen Kontinent landete, brachte er uns die Ideen Napoleons III. zurück, ungefähr wie Ibsen George Sand und Tolstoi Jean Jacques Rousseau in Frankreich neu belebt hatten. Der Erfolg war gleicher Art: Wilson fand vorbereiteten Boden vor. Gegen seine „napoleonischen Ideen“ waren die Geister wehrlos. Sie hatten seinen Ideen keine anderen entgegenzusetzen; ein allgemeiner ökumenischer Friede wie der, der hier geschlossen werden sollte, muß aber auf Grundsätzen und Ideen beruhen. Die Ideen, die bis zu den französischen Unterhändlern hin vorherrschten, begünstigten die deutsche Einheit. Man glaubte nicht, daß die Aufteilung Deutschlands möglich sei. Man wünschte sie kaum. Nicht auf sie, sondern auf die Revolution, auf die Befreiung Deutschlands durch die Demokratie setzte man vor allen Dingen seine Hoffnung, Europa bewohnbar und sicher zu machen. Was sich in den deutschen Staaten zwischen dem Sturz Wilhelms II. und der Unterzeichnung des Friedens zutrug, die zentralistische Bewegung, die dem Sturz der Dynastien folgte: alles diente als Vorwand, um in dem Verzicht auf ein Eingreifen zu verharren. Man hat die Veruche einer rheinischen Republik nicht ernst nehmen wollen,

¹ Joseph Caillaux, bis März 1914 Finanzminister, Januar 1918 wegen angeblichen Hochverrates zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt; Anhänger eines Verständigungsfriedens mit Deutschland. D. U.

wenn man sie nicht sogar entmutigt hat; man fand es ganz richtig, wenn ihre Urheber ins Lächerliche gezogen wurden. Als ob Vorläufer, gar wenn sie keinen Erfolg gehabt haben, nicht immer etwas Lächerliches an sich hätten! Ein sehr ehrenhafter Mann und ausgezeichnete Patriot, von den besten Absichten beseelt, der sich damals in hoher Stellung befand, antwortete uns, als wir von Dr. Dorten und der Unruhe sprachen, die er den preußischen Behörden verursachte, das sei ganz interessant, man dürfe indessen nicht vergessen, daß die Einheit einer Nation durch die Niederlage und das Unglück befestigt und gehärtet werde. Solche Gründe waren bestimmend. Man erlag der Analogie mit der Geschichte Frankreichs und dem Fortschrittsglauben, dem Glauben an jenen uniformen Fortschritt, der alle Völker und alle Rassen auf dem gleichen Wege zum inneren Zusammenschluß führen muß. Das ist ungefähr so, wie wenn man sagen wollte, daß der Fortschritt die deutsche Sprache dazu führen müsse, analytisch anstatt synthetisch zu werden, auf die zusammengesetzten Wörter zu verzichten und die Partizipien und Infinitive nicht mehr ans Ende des Satzes zu stellen.

So blieb die deutsche Einheit erhalten. In Versailles, wo sie im Jahre 1871 das Licht der Welt erblickt hatte, wurde sie durch die Alliierten unter dem Vorsitz eines Franzosen feierlich anerkannt und der Friede wurde unterzeichnet „Deutschland andererseits“. Damit ist nicht gesagt, daß die deutsche Einheit vor Gefahren geschützt ist; wir haben sogar gesehen, daß der Separatismus in neuen, freilich noch zaghaften Formen wiederersteht, im Zusammenhang mit der Art, wie sich in Deutschland eine Reaktion gegen den Sozialismus und die Revolution geltend macht. Noch ist vielleicht nichts endgültig entschieden, und die Brüchigkeit des Friedens läßt vielleicht mehr als eine Möglichkeit von Um-

wälzungen in Mitteleuropa zu. Diese Umwälzungen sind nicht notwendigerweise günstig für uns; sie werden uns neuen Gefahren aussetzen und neue Anstrengungen erfordern. Ein nochmaliger Zusammenstoß zwischen Deutschland und Frankreich ist wahrscheinlich. Dann wird es notwendig sein, daß die französische Politik nicht wieder leitender Ideen ermangelt.